Nr. 44 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 22

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6,— M., monatl. 2,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 3,— M., für das übrige Ausland 7,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Nonpareillezeile kostet 9,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 26. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Reichstagssitzung um 6 Uhr.

Auch der heutige Vormittag brachte keine endgültige Einigung über den Finanzkompromiß. Der interfraktionelle Ausschuß trat um 10 Uhr zusammen, um nochmals das gesamte Steuerproblem zu besprechen. Im Prinzip ist man sich einig, daß die Zwangsanleihe ausgeschrieben werden soll, jedoch herrschen noch starke Differenzen in Bezug auf Einzelheiten, insbesondere auf Umsatz-, Kohlen- und Zuckersteuer, sowie auf die Verzinsung der Zwangsanleihe. Die bürgerlichen Parteien verlangten, daß die Zwangsanleihe in Höhe bis zu 1 Milliarde Goldmark ausgeschrieben werden soll. Dem widersprachen die Unterhändler der Sozialdemokratie und verlangten, daß die Zwangsanleihe in Höhe von 1 Goldmilliarde ausgeschrieben wird.

Nach längerer Debatte stimmten die bürgerlichen Parteien der Forderung der Sozialdemokratie zu. Um 12 Uhr mittags trat die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zusammen, um den Bericht über die heutige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses entgegenzunehmen und über die Differenzpunkte zu beraten. Für 3 Uhr nachmittags ist eine neue interfraktionelle Sitzung anberaumt, in der man versuchen wird, zu einer endgültigen Regelung zu kommen. In dieser Sitzung wird der Reichskanzler auch den Wortlaut des Antwortschreibens an die Reparationskommission über den geforderten Reform- und Garantieplan bekanntgeben.

Die für 3 Uhr angesetzte Sitzung des Reichstages ist auf 6 Uhr verschoben worden. Heute wird nur der Reichskanzler eine Regierungserklärung abgeben. Die Redner der einzelnen Parteien kommen erst am Freitag zu Worte.

Die Deutschnationalen verlangen allerdings, daß die Debatte, nachdem der Reichskanzler gesprochen, sofort aufgenommen und bis zur Abstimmung durchgeführt wird. Sie erklären, nicht zugeben zu wollen, daß die Note an die Reparationskommission abgeschickt wird, ehe der Reichstag abgestimmt hat.

Bei Schluß des Blattes erfahren wir: Die Reparationsnote wird erst am Sonnabend überreicht; es bleibt also dabei, daß heute nur der Reichskanzler spricht und daß die Debatte erst morgen geführt wird.

Finanzreform und USP.

Zentralleitung und Reichstagsfraktion der Unabhängigen haben gestern einstimmig das Steuerkompromiß abgelehnt. Zur Begründung ihres Verhaltens führen sie in einer Erklärung aus:

Bei ihrer Stellungnahme war für die Fraktion neben ihrem prinzipiellen Standpunkt entscheidend, daß die Zwangsanleihe unter den erwähnten Voraussetzungen in keiner Weise geeignet ist, eine Sanierung der Reichsfinanzen und damit einen Stillstand der Notenpresse mit ihrer preissteigernden Wirkung herbeizuführen. Diese Zwangsanleihe würde nicht ausreichen, die Reparationsverpflichtungen zu decken, und somit den inneren Etat weiter belasten. Der nominelle Gesamtbetrag von 40 Milliarden Papiermark wird durch die vorhin erwähnten steuerlichen Erleichterungen für den Besitz (Einrechnung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers. Red. d. V.) wieder stark herabgemindert. Ueber die Tilgung der Zwangsanleihe fehlen bisher alle näheren Angaben. Ebenso ist die Frage der Verzinsung völlig offen geblieben. Es ist daher zu befürchten, daß die Lasten aus Verzinsung und Tilgung wiederum auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Ferner aber ist zu beachten, daß die Zwangsanleihe nicht nach Goldmark, sondern nach Papiermark veranlagt werden soll. Die bei den bisherigen Steuermethoden eingetretenen Schwankungen der Steuererträgnisse, die stets alle vorherigen Schätzungen der Regierung hinfällig gemacht haben, würden also bei dieser Zwangsanleihe bestehen bleiben. Schon aus diesem Grunde kann die Zwangsanleihe in keiner Weise als ein Ersatz für die von uns aufgestellte Forderung nach Erfassung der Goldwerte angesehen werden.

Abgesehen von diesen einzelnen schweren Mängeln des Kompromisses kann die Zwangsanleihe in jedem Fall nur eine gewisse Entspannung der Valutaschwierigkeiten im Augenblick bringen. Eine Steuerreform, die geeignet ist, die Verschuldung des Reiches zu beseitigen, erscheint der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach wie vor nur durch folgende Maßnahmen möglich, die außer den von der Regierung vorgeschlagenen Besitzsteuern notwendig sind:

1. Sofortige Erfassung der Goldwerte;
2. Sofortige Erhebung des Restes des Reichsnotopfers;
3. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern von den Besitzenden;
4. Erhöhung der Ausfuhrabgaben und schärfste Erfassung der Auslandsdevisen.

Nur auf diese Weise besteht die Möglichkeit, dem Reiche wieder reale Werte zuzuführen und damit die Notenpresse zum Stillstand zu bringen.

In Einzelheiten, wie z. B. der Verzinsungsfrage, ist diese Kritik überholt. Das Steuerkompromiß ist im Laufe der Verhandlungen durch den Einfluß der sozialdemokratischen Unterhändler besser geworden, als es in dem Augenblick aussah, in dem die Unabhängigen bereits die Ablehnung beschlossen. Die finanzpolitischen Grundsätze, die in der Erklärung niedergelegt sind, werden von den Sozialdemokraten ebenso vertreten wie von den Unabhängigen, und in ihrer Richtung weiterzuarbeiten, wird das unablässige Bemühen unserer Partei sein. Den Optimismus, daß durch die Verwirklichung dieses Finanzprogramms wirklich vollständig Ordnung geschaffen werden könnte, vermögen wir allerdings nicht zu teilen. Das wird erst möglich sein, wenn die deutschen Reparationsverpflichtungen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt sein werden.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion genehmigte Steuerverständigung bedeutet immerhin eine nicht unerhebliche Belastung des Besitzes über die ursprünglichen Regierungspläne hinaus. Durch die Zwangsanleihe wird mit der Erfassung der Sachwerte wenigstens ein Anfang gemacht. Daneben war für das Verhalten unserer Fraktion die politische Erwägung ausschlaggebend, daß die Ablehnung des Kompromisses durch sie unmittelbar zum Sturz der Regierung und zu schweren außenpolitischen Krisen geführt hätte. Die von uns und den Unabhängigen vertretenen steuerpolitischen Grundsätze wären dabei der Verwirklichung nicht nähergekommen, sie hätten sich von ihr vielmehr noch weiter entfernt.

Wir vermuten, daß die USP., wenn sie sich in der gleichen Lage befunden hätte, auch nicht anders gehandelt haben würde als wir.

Börse und Steuerkompromiß.

Die heutige Berliner Börse stand ganz und gar unter dem Eindruck des Steuerkompromisses und der Zwangsanleihe. Am Devisenmarkt setzte zunächst eine starke Rückwärtsbewegung der Kurse ein, die jedoch sehr bald durch eine neue Erholung der Devisen abgelöst wurde. Dollarnoten, die vorbörslich noch unter 190 angeboten worden waren, stiegen im Verlaufe der ersten Börsenstunden bereits auf 199! Am Effektenmarkt zeigte sich naturgemäß eine starke Zurückhaltung. Die Kurssenkungen waren jedoch nicht bedeutend, da man in Börsenkreisen schon seit mehreren Tagen die Zwangsanleihe als wahrscheinlich angenommen und in Rechnung gestellt hat.

Die Genuakonferenz gefährdet.

Rom, 26. Januar. (WTB. aus „Times".) Es geht das Gerücht, daß die Konferenz in Genua verschoben werden wird. Auch in Washington gewinnt diese Ansicht Boden. Die offizielle Mitteilung über die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Einladung zur Konferenz wird in dieser Woche erfolgen. Man erwartet nirgends, daß die Antwort auch nur eine eingeschränkte Annahme bedeuten werde. Man vermutet sogar, daß die Antwort Stellen enthalten wird, die deutlich genug seien, um den Franzosen die Kluft zu zeigen, die zwischen der augenblicklichen französischen Politik und einer Politik besteht, die die Vereinigten Staaten unterstützen könnten.

Karl Sindermann

Aus Dresden kommt die Trauerkunde, daß Genosse Karl Sindermann dort gestorben ist. Allen älteren Parteigenossen war Sindermann als einer der ständigen Repräsentanten des roten Sachsen bekannt, der kaum auf einem Parteitage fehlte und dessen Stimme immer Gewicht beanspruchte. Auch als Mitglied des Parteiausschusses hat Sindermann, der nur ein Alter von 53 Jahren erreichte, bis in die jüngste Zeit gewirkt und in dieser Körperschaft immer eine geachtete Stellung eingenommen.

Parteivorstand und Reichstagsfraktion richteten aus Anlaß seines Ablebens an die „Dresdener Volkszeitung", in deren Betrieb Sindermann als Buchhalter angestellt war, folgendes Beileidstelegramm:

„An Karl Sindermanns Bahre trauert mit der deutschen Arbeiterklasse um einen ihrer treuesten und unermüdlichsten Vorkämpfer Der Parteivorstand und die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion."

Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Am kommenden Sonntag findet in Berlin die erste Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft statt. Wie Korr. B. S. hört, wird sich die Konferenz in erster Linie mit den Beschlüssen des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei beschäftigen, die bekanntlich in ihrer letzten Sitzung 28 Mitglieder der KPD. ausgeschlossen hat. Die Gemaßregelten werden in der Sitzung der Reichskonferenz über die Verhandlungen des Zentralausschusses ausführlich berichten.

Zum Papstwechsel.

O. L. Rom, den 22. Januar 1922.

Aus der Fülle des Wirkens und weitgehender Zukunftspläne heraus hat der Tod Benedikt XV. weggerissen. Der Mann, dem es beschieden war, die Ohnmacht der Kirche als einer geistigen Macht zu erleben und zu erfahren, daß die Mahnung zum Frieden des „Nachfolgers Christi" ungehört verhallte, hat in der Nachkriegszeit mit unermüdlichem Eifer und großer Zuversicht dafür gewirkt, die Macht der Kirche auf politischem Gebiete zu verstärken und auszubreiten. Aber, ehe ihm die Ernte dieser Arbeit zufällt, ruft der Tod ihn ab.

Im Volke heißt es, daß der Vorgänger des jetzt Verstorbenen, Pius X., am Schmerz über den Weltkrieg gestorben sei. Sicher wäre es diesem schlichten venetianischen Landpriester ein großer Schmerz gewesen, zu erleben, was sein Nachfolger erleben mußte, daß nämlich die gepriesene geistliche Macht und internationale Autorität des Papsttums dem ungeheuren Aufeinanderprallen der Leidenschaften und Interessen gegenüber unbeachtet und ungehört beiseite geschoben wurde, daß bei dem plötzlichen Hereinbrechen des Chaos auch diese Internationale völlig versagte. Aber die bittere Enttäuschung so vieler Gläubigen, die vom Stuhl des heiligen Petrus ein Wunder erwartet hatten, das Friedenswunder, vor dem sich die Waffen senkten, konnte nicht Meister werden über den welterfahrenen Diplomaten der Schule Rampollas, wenn auch das Versagen der päpstlichen Vermittlungsversuche seine Auffassung von der politischen Autorität der Kirche verletzen mußte. Pius X. hätte vielleicht, irre geworden durch die „Verruchtheit" der Welt, an den Greueln des Weltkrieges sterben können. Benedikt XV. verstand es, die Dinge zu nehmen, wie sie nun einmal waren und von der Kirche nicht einen größeren Einfluß zu erwarten, als sie im 20. Jahrhundert haben konnte.

So widerstand der Vatikan der Versuchung, den nutzlosen Appell an die Christenheit periodisch in das Waffengebrüll hineinzuschreien, behielt seine eigene Parteinahme im Weltkonflikt für sich selbst und begnügte sich, etwas wie eine Internationale der Menschlichkeit zu sein, die über die unübersteigbar gewordenen Grenzen hinaus Nachrichten vermittelte aus Gefangenenlagern und Lazaretten, die half und linderte, soweit das ausgedehnte und gut gespannte Netz der kirchlichen Organisationen reichte.

Wir stehen den Ereignissen wohl noch zu nahe, um gerecht bewerten zu können, was auf diesem Gebiete unter dem Pontifikat Benedikt XV. geleistet worden ist. Den Zeitgenossen mußte die Haltung der Kirche unzulänglich und schwächlich erscheinen: hat doch das gewaltige Wort gefehlt, das in die Herzen derer drang, die man verantwortlich machte für das ungeheure Geschehnis. Denkt man sich aber in die Schwierigkeiten der Lage hinein, die eine neutrale Macht in der Hauptstadt eines der kriegführenden Staaten einschloß, vergegenwärtigt man sich die zahlreichen Verdächtigungen, die sich gegen den im Rufe der Deutschfreundlichkeit stehenden Vatikan richteten, hält man sich den inneren Konflikt vor Augen zwischen nationalem Empfinden und dem Ehrgeiz des Oberhauptes der Kirche, so muß man dem verstorbenen Papst das Lob zubilligen, in einer schwierigen Lage, die seinem Einfluß völlig entwachsen war, das politische Prestige der ihm anvertrauten Kirche durch kluge Zurückhaltung gewahrt zu haben. Er hat nicht zu Bannflüchen und anderen mittelalterlichen Behelfen gegriffen, wie es wohl der Kinderglaube Pius' X. getan hätte. Benedikt XV. hat abgewartet, bis sich die Wellen glätteten und hat sich dann angeschickt, die Früchte seines Bescheidens zu ernten. Wenn man auch die Geschichte des Weltkrieges nicht wird schreiben können, ohne das Versagen der päpstlichen Autorität über die Seelen der Gläubigen hervorzuheben, so wird man doch nicht umhin können, dem Papsttum zuzugestehen, daß es auch während der Katastrophe des Weltkrieges jenen Takt und jene Anpassungsfähigkeit bewiesen hat, die seit jeher die politische Macht der Kirche getragen und gefestigt haben.

Benedikt XV. war kein Bekenner, sondern ein Politiker, war kein Ueberbleibsel früherer Zeiten, sondern ein Kind der unseren. Bekanntlich gehörte er zur Schule Rampollas, des Staatssekretärs Leo XIII. Als durch die Wahl Pius' X. der Umschwung in der vatikanischen Politik eintrat, als man Kirchenreform statt Politik treiben wollte, blieb della Chiesa — das war Benedikts bürgerlicher Name — im Staatssekretariat, obwohl der neue Staatssekretär Merry del Val ihm weder Sympathie noch Vertrauen entgegenbrachte. Man will wissen, daß die Ernennung zum Erzbischof von Bologna nur deshalb erfolgt wäre, um den Anhänger Rampollas aus dem Vatikan zu entfernen. Sicher ist, daß der neue Staatssekretär dem Erzbischof von Bologna die diesem Sitze überlieferungsmäßig zustehende Kardinalwürde erst gönnte, als Rampolla tot war. So wurde della Chiesa erst im Mai 1914 Kardinal, drei Monate, ehe er Papst wurde.

Seine Wahl bezeichnete den Sieg der politischen Richtung, der Leo XIII. angehört hatte, über die religiös-intransigente Richtung Pius' X. Man hat auch von einer Kompromißwahl gesprochen, aber das ist nur bedingt richtig, denn Benedikt XV. stellte keinen Vermittlungsversuch zwischen der weltfremden Religiosität seines Vorgängers und der Schule Rampollas dar; er war nicht nur die hervorragendste Persönlichkeit der politischen Richtung, sondern galt als Stern zweiter Größe, was seiner unerwarteten Wahl die Wege geebnet haben soll.

Und als Politiker ist er ein Mann des Erfolgs gewesen, sobald der Waffenlärm verklungen war. Wenn sein Vorgänger den Vatikan im Ausland fast isoliert, im Inland nur zögernd eine katholische Parteibildung geduldet hatte, so hat der päpstliche Stuhl am Ende des Pontifikats Benedikts XV. eine diplomatische Bedeutung wie nie zuvor, während er im Inland, wenn nicht die geistige Führung, so doch das Zensurrecht der einflußreichsten Partei besitzt und ausübt.

Wenn der Papst während des Krieges mehr Bekenner und weniger Diplomat gewesen wäre, so hätte sich das Scheitern des geistigen Einflusses der Kirche in eine dauernde Schwächung des politischen Einflusses der Kirche umsetzen müssen. Aber Benedikt XV. war kein Rufer in der Wüste gewesen und hatte es fertig gebracht, über den ungeheuren Mißerfolg seiner geistigen Weltherrschaft so viel diplomatisches Prestige zu retten, daß der heilige Stuhl heute mehr als je umworben und politisch angesehen ist. Die „erstgeborene Tochter der Kirche", das unter der Intransigenz Pius' X. verlorene Frankreich, hat heute wieder die diplomatischen Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl aufgenommen. Auch der englische König, der bei der Thronbesteigung einen antikatholischen Eid ablegen muß, hat heute einen Botschafter im Vatikan, seit Heinrich VIII. zum ersten Male. Die schon unter Leo XIII. begonnenen Versuche einer Vereinigung mit der griechisch-orthodoxen Kirche und anderen schismatischen Kirchen sind unter den eben Verstorbenen weitergeführt worden.

Auf dem Gebiet der inneren Politik hat auch dieser Papst formell keine Aenderung herbeigeführt. Die Fiktion der „Gefangenschaft im Vatikan", sowie die der Illegalität des italienischen Königtums wird aufrechterhalten, aber nur als eine Art Gespenst, von dem man sagt, daß es herumspukt, ohne daß irgend jemand es je gesehen hätte oder auch nur an seine Sichtbarkeit glaubte. Man sagt, daß der Papst von einem Sieg der Waffen der Zentralmächte, an den er lange Zeit mit Zuversicht geglaubt habe, eine Aenderung seiner weltlichen Machtstellung gegenüber dem dritten Italien erhofft hätte und führte auch seine Sympathien für Deutschland und Oesterreich auf diese Hoffnungen zurück. Benedikt XV. war wohl zu klug für solche unzeitgemäßen Träume. Von seiner Seite ist es nie zu einer intransigenten Kundgebung dem italienischen Königtum gegenüber gekommen. Den Vatikan hat er nie verlassen, wenn auch das „Giornale d'Italia" periodisch solche Ausflüge meldete, aber an seinem Sterbebett haben zwei italienische Minister, die Klerikalen Mauri und Micheli, gestanden oder gekniet. Der Prozeß des Zuschüttens der Kluft zwischen Vatikan und dem dritten Italien hat sich in den sieben Jahren der Regierung Benedikts XV. weiter vollzogen.

Was sein Vorgänger vergebens zu verhüten versucht hatte, die Bildung einer klerikalen Partei, hat sich unter Benedikt XV. machtvoll vollzogen. Natürlich hat der Vatikan die Partei nicht geschaffen, aber er hat geduldet, daß sie entstehe und sich entfalte, sodaß sie unter dem Einfluß des Vatikans steht, nicht im Gegensatz zu ihm, wie dies geschehen wäre, wenn man die Politik Pius' X. fortgesetzt hätte, der sogar das Lesen der katholisch-politischen Presse verbot.

Heute ist die klerikale Partei eine große Macht in Italien, eine so große, daß sie dem Vatikan leicht entgleiten, oder über den Kopf wachsen könnte. Numerisch ist ihr die sozialistische Partei, sowohl im Parlament als in den Gemeinden, überlegen, aber das organisatorische Netz der Klerikalen ist viel dichter und besser gefügt, ihre technische Schulung auf allen Gebieten der unseren weit überlegen. Sie verfügen über Wohltätigkeitsanstalten und Schulen, über Waisenhäuser und Altersheime; ihre noch junge Genossenschaftsbewegung macht, besonders nach ihrem Eintritt in die Regierung Fortschritte.

Auch hier hat sich der Vatikan klug und anpassungsfähig erwiesen. Er hat die politische Bewegung der Katholiken niedergehalten, solange es anging. Dann hat er sie gewähren lassen, ehe sie ihr entwuchs. So hat er sie heute in Händen, als eine bedeutende politische und soziale Macht.

Zieht man so an dem Sarge des Papstes das Fazit seines Wirkens als „Statthalter Christi", so muß man sagen, daß es nie eine Zeit gegeben hat, die das Wort des Träumers von Nazareth in den Staub getreten hätte, wie die unsere, ohne daß die Kirche es vermocht hätte, dies Wort zu schirmen und als Leuchte und Mahnung über die dunkle Welt zu erheben. Wenn trotzdem das Papsttum Benedikt XV. ein erfolgreiches war, so zeigt das eben, daß der Katholizismus und die katholische Kirche nicht unverwundbar sind in dem, was das Wesen des Christentums ausmachen sollte: als Macht über die Seelen, die Menschlichkeit und Frieden gebietet. Als solche sind sie unterlegen. Aber die Kirche hat mehr Botschafter im Vatikan als vor dem Kriege und ihr Reich ist von dieser Welt . . .

Die Gewerkschaftshilfe für Rußland.

Moskau, 24. Januar (Intes). Hier ist eine Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eingetroffen, die 75 000 Pud Lebensmittel sowie Kleidungsstücke und Schuhwerk für die Hungernden gebracht hat. Für den 1. Februar ist eine weitere Sendung von 25 000 Pud Lebensmittel angekündigt und in der ersten Hälfte des Februar sollen außerdem noch 75 000 Pud Lebensmittel eintreffen. Die Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale beabsichtigt die Versorgung von 40 000 Kindern im Gebiete der Tschuwaschen (Wolga) zu übernehmen und wird sich in dieses Gebiet begeben.

Bis zum 1. Januar waren 61 000 Kinder aus dem Hungergebiet evakuiert. Immer mehr häufen sich die Nachrichten, daß die durch den Hunger vollkommen apathisch gewordene Bevölkerung bereits in den Zustand der buchstäblichen Barbarei verfällt. Fälle von Menschenfresserei sind in jenen Gebieten keine Einzelerscheinungen mehr.

Nansens Hilfswerk.

Auf der Genfer Konferenz des Internationalen Komitees für Rußlandhilfe schilderte Nansen die Hungersnot in Rußland, die nunmehr ein von fast 32 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfasse. Neunzehn Millionen seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon 15 Millionen jedenfalls rettungslos dem Tode verfallen. Alle diese Menschen hätten gerettet werden können, wenn sein Appell im September gehört worden wäre. Wenn aber diejenigen, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls umkommen sollten, so dürften die Regierungen keinen Tag mehr verlieren. Nansen hob den guten Willen und die Ehrlichkeit der russischen Behörden hervor und protestierte auf das schärfste gegen den unmenschlichen

von Helsingfors aus organisierten Lügenfeldzug

in der westlichen Presse, der dort die Hilfsbereitschaft lähme und damit unzählige Menschenleben fordere. Die Nahrungsmitteltransporte kämen unversehrt an ihren Bestimmungsort, und nur die zerrütteten Verkehrsverhältnisse in Rußland seien daran schuld, wenn die Lebensmittel nur langsam und nur in bestimmte Gebiete gelangen können. Daher sei die Versorgung Rußlands mit Kohlen und auch mit Futtermitteln für die Transportpferde unbedingt notwendig. Zur Verbesserung der Eisenbahnstrecken sei die Bevölkerung oft zu schwach, ja selbst um sich an die Verteilungsstellen für Nahrungsmittel zu begeben und sie habe auch oft nicht mehr genug Kräfte, um andere Nahrung als Getreide zu sich zu nehmen. Nansen empfiehlt möglichste Beschränkung der Nahrungsmittelzufuhr auf Getreide. Da für Transportzwecke nur drei Eisenbahnlinien in Betracht kämen, könne in vier Monaten

nur ein Drittel der bedrohten Bevölkerung gerettet werden.

Je mehr man Saatkorn schicke, um später Menschenleben zu retten, um so mehr müßten sterben, und umgekehrt. Auch die Auswahl der zu rettenden Gebiete und der einzelnen Bevölkerungsarten stelle Probleme von furchtbarer Tragik dar. Der Oberkommissar des Völkerbundes zur Bekämpfung der Epidemien, White wies

auf die Gefahren

hin, die sich aus der Hungersnot in Rußland für die übrige Welt ergeben könnten, da man wohl die Hungersnot, aber nicht die aus ihr entstehenden Krankheiten auf ein einziges Land beschränken könne. Er gedachte des weiteren, wie auch Nansen, der im Dienste der Epidemiebekämpfung in Rußland geopferten Aerzte, insbesondere des deutschen Arztes Gärtner.

Außer gewissen Naturalleistungen sind bisher für die Ziele Nansens in den einzelnen Ländern etwa

28 Millionen Goldmark aufgebracht

worden, die aber bald aufgebraucht sein werden. Die größte Hilfstätigkeit hat bis jetzt Amerika entfaltet. Deutschland, dessen Bemühungen Nansen wiederholt erwähnte, hat bis jetzt etwa sieben Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Der Vertreter des russischen Roten Kreuzes Bagotzky sprach dem Oberkommissar in bewegten Worten den unauslöschlichen Dank des russischen Volkes aus.

Krise in Deutschösterreich.

London, 25. Januar. (Reuter.) Aus Wien eingetroffene Nachrichten erklären, der Niedergang der Krone habe ein solch ungeheures Steigen der Preise hervorgerufen, daß die Lage verzweifelt sei und Unruhen zu befürchten seien. Die österreichische Regierung habe deshalb den alliierten Mächten Vorstellungen gemacht, die Lage auseinandergesetzt und erklärt, daß sie, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage Hilfe aus dem Auslande einträfe, jede Verantwortung für die Folgen ablehne.

In Wien demonstrierten gestern Teilnehmer einer Versammlung von Bundesangestellten wegen Erhöhung der monatlichen Bezüge vor dem Parlament. Eine Abordnung erschien beim Bundeskanzler Schober, um ihm die Forderungen mitzuteilen. Der Bundeskanzler erklärte, er höre, daß auf der Straße eine Ansammlung sei, er könne nie und nimmer unter dem Diktat einer demonstrierenden Menge seine Entschließungen fassen. Er versprach, heute eine Abordnung der Beamtenorganisationen zu empfangen, machte aber darauf aufmerksam, daß eine Entscheidung heute aus dem Grunde schwierig sei, weil der Tag mit schwerwiegenden Verhandlungen ausgefüllt sein werde und bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage mit dem Rücktritt der Regierung gerechnet werden müsse.

Es handelt sich um den Widerstand der großdeutschen Regierungspartei gegen die vom Gen. Hartmann letzthin im „Vorw." besprochenen Bestimmungen des Staatsvertrags von Lana mit der Tschechoslowakei.

•

Auf Einladung der Soziologischen Gesellschaft in Wien hielt gestern abend der frühere Reichsminister des Aeußern Dr. Simons einen Vortrag über das Thema: Internationale Rechtsangleichung unter besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Oesterreich. Nach Begrüßung des Vortragenden hieß der Vorsitzende Professor Ludo Hartmann den in der Gesellschaft zum ersten Male als deutscher Gesandter erschienenen Dr. Pfeiffer herzlich willkommen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der der Schöpfer der österreichischen Zivilprozeßordnung Dr. Franz Klein betonte, daß die Rechtsangleichung nur eine Vorstufe der Rechtseinheit sein dürfe, die ihr Dasein nur in der Reichseinheit finden könne, welche alle ersehnten. In diesem Sinne sei die Rechtsangleichung jetzt nicht nur eine Frage des Rechts, sondern des Volkes und damit eine Lebensfrage für Oesterreich.

Pension für Putsch-Karl. Wie das „Echo de Paris" mitteilt, soll die Botschafterkonferenz die Apanage Karls von Habsburg auf sechs Millionen Franken im Jahr festgesetzt haben, die Deutschösterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Südslawien, Italien und Rumänien aufbringen sollen!

Die Muttersprache des deutschen Handwerks.

„Das deutsche Handwerk bedeutet auch eine Muttersprache, reich ausgebildet in ihren Mundarten wie die der Worte. Wir dürfen diese Sprache nicht gewissenlos verwässern und zugrunde gehen lassen, wir müssen sie halten mit aller unserer Kraft, wenn wir uns selbst erhalten wollen." Mit diesen Worten weist der Reichskunstwart Dr. Redslob im „Sammler" auf die viel zu wenig bei uns erkannte Bedeutung des heimatlichen Kunsthandwerks hin. Er erzählt von den Glasbläsern in Lausche, deren Tiere eine so wundervoll harmonische Form und bescheidene Monumentalität haben und die besten Beispiele für materialgerecht stilisiertes Kunsthandwerk sind. Eine durch Generation ererbte Technik und Beobachtungsgabe vollbringt hier künstlerische Leistungen, die das Publikum in Entzücken setzen würden, wenn sie aus alter Zeit oder aus dem Ausland stammten. Aehnlich ist es mit den Holzschnitzern im sächsischen Erzgebirge. Hier ist ein künstlerisch und technisch wertvolles Können im ganzen Volksstamm so stark lebendig, daß jeder, einerlei welcher Arbeit er sonst nachgeht, nach Feierabend zum Künstler wird. Das Landesmuseum hat in planmäßiger Arbeit eine Fülle solcher Schnitzereien zusammengebracht, die gerade dem Kunstgewerbe der heutigen Zeit unendlich viel zu sagen haben.

„Wenn man an die Zukunft des Handwerks denkt," meint Redslob, „so muß man ihm wünschen, daß es nicht nur Entwürfe und Anregungen einzelner verarbeitet, sondern daß es zugleich dem im Volk, vor allem im geschlossenen Heimatsbezirk wurzelnden innerlichen Gestaltungstrieb Folge leistet. Dieses unbewußt wirkende Können, das die Erinnerungen und Eindrücke der Heimat den Menschen geben, dürfen wir in Deutschland nicht verkümmern lassen... In den Händen unserer Weber, unserer Bildschnitzer, unserer Glasbläser, im Geschick des deutschen Töpfers, in der Schnelligkeit des Setzers, in der Ruhe des Buchbinders und in der Sicherheit des Maurers, soweit er den Stein noch entsprechend seinem Wachstum zu schichten weiß: in all diesen Betätigungen liegt ein Stück Wesensausdruck unseres Volkes. Alles handwerkliche Können kommt irgendwie aus dem Boden der Heimat oder wächst, wo es durch Anregung von außen übertragen wird, organisch mit Ort und Gegend zusammen. Schließlich aber wird die Arbeit selbst zu einem Stück Heimat. Einlegearbeit schafft den Begriff Vierlande, Holzschnitzerei versinnbildlicht Schleswig-Holstein, buntbemalte Möbel geben frohes südliches Heimatsgefühl, der säuberlich weiße Berliner Ofen hält inmitten fremden Gewirrs ein Stück Bodenständigkeit fest. Ganz Deutschland ist mannigfaltig von solchen Spezialitäten durchzogen, wobei gerade die Tatsache dieser Vielseitigkeit den großen Begriff des einen und einzigen Volkes schafft."

Klabundisches. Die Leser des „Vorwärts" werden sich meiner Skizze „Der Kriegsberichterstatter" in Nr. 26 erinnern, die — 1916 geschrieben anläßlich eines Interviews, das Hindenburg damals dem Berichterstatter der Wiener „Neuen Freien Presse" Paul Goldmann gab — in der harmlosesten Weise diese Gott sei Dank der Vergangenheit angehörende Spezies Mensch ironisiert. Wie harmlos diese Satire selbst in nationalistischen Kreisen empfunden wurde, beweist, daß sie von der Generalanzeigerpresse inzwischen vielfach nachgedruckt worden ist. Die „Deutsche Tageszeitung" aber hat nichts Eiligeres zu tun, als in dieser Satire „die bösartigste Besudelung der deutschen Presse" zu sehen. Sie ergreift die erwünschte Gelegenheit, um nun ganz allgemein gegen mich vorzugehen. Ich möchte dem Leser des „Vorwärts" eine Blütenlese aus diesem Hymnus geben, um ihm zu zeigen, welche Art der Unterhaltung und Polemik die Kreise belieben, die sich immer als die Elite des deutschen Volkes zu bezeichnen pflegen:

„Als Sänger der Geschlechtskrankheiten stellte er einen Rekord der Ekelhaftigkeit auf." „In jeder Arbeiterversammlung würden seine jüdischen Leistungen auf Widerspruch stoßen." „Keine Proletarierfrau würde sich von diesem Sohn des Volkes derartige Unflätigkeiten bieten lassen." „Was der Bursche da den „Vorwärts"-Lesern vorsetzt . . ." „Die Franzosen . . . werden ihre helle Freude an diesem lakaienhaften deutschen Preßbengel haben . . ."

Genug.

In seinen Maximen sagt Goethe einmal irgendwo: Den Eckstein bep . . . . . die Hunde. Lassen wir die Hunde, darunter den anonymen Hund von der „Deutschen Tageszeitung", Hunde sein. Es ist ihr Hand- und Seelenwerk. Sie wissens nicht besser und werdens niemals lernen, ein Mensch und menschlich zu werden.

Klabund.

Der Nähr- und Geldwert unserer Wurst. Die Verschlechterung unserer Wurstwaren wird durch Untersuchungen bewiesen, die Alpers im Hygienischen Institut der Universität Tübingen angestellt hat. Er kaufte etwa 80 Proben von Wurst in den verschiedenen Metzgereien Tübingens und Hohenzollerns auf und untersuchte sie auf ihren Asche-, Wasser-, Fett- und Proteingehalt sowie auf verbotene Konservierungsmittel und stärkehaltige Bindemittel. Aus Fett- und Proteingehalt wurde der Kalorienwert der Würste berechnet. Aus den tabellarisch zusammengestellten Ergebnissen ging ein bedeutender Rückgang des Fettgehaltes während der Kriegs- und Nachkriegszeit hervor. So besaß z. B. Schinkenwurst 1914 22,43 Proz., 1916/19 8,55 Proz., 1921 8,81 Proz. mittleren Fettgehalts. Danach sind die Metzger auch nach dem Kriege der während des Krieges angenommenen Gewohnheit treu geblieben, aus dem Fettgewebe der Schlachttiere das Fett gesondert zu gewinnen. Freilich war auch die Schwierigkeit, fette Schlachttiere aufzuziehen, während des Krieges an der Fettarmut der Wurst schuld. Durchweg erhöht ist bei den Würsten der Wassergehalt, was z. T. auf die Fettverarmung, z. T. auf Streckung der Wurst mit Wasser zurückzuführen ist. Die ganz besonders große Teuerung der Wurstwaren geht aus folgenden Zahlen hervor. Man erhielt für 1 M. an Kalorien in der Schinkenwurst von 1914 1131 Kalorien, in der von 1916/19 310, in der Schinkenwurst von 1921 nur 47. Leberwurst für 1 M. gab 1914 1797 Kalorien, 1916/19 262, 1921 72. Blutwurst für 1 M. lieferte 1914 2767 Kalorien, dagegen 1921 nur 58, weiße Preßwurst 1914 1582 Kalorien, 1917 377 Kalorien, 1921 55 Kalorien. Daß die Wurst leider kein Volksnahrungsmittel mehr sein kann, geht aus dem Vergleich mit anderen Nahrungsmitteln hervor. Für 1 M. Erbsen erhielt man 1914 10 344 Kalorien, 1921 827; Kartoffeln 1914 10 712 Kalorien, 1921 952.

Aus der Vorzeit unserer Mark erzählte Prof. Kiekebusch in einem „Urania"-Vortrag, der die bei Buch in Spuren und Resten aufgefundene vorgeschichtliche Siedlung vor unserem Auge wiedererstehen ließ. Kiekebusch selber hatte vor jetzt zwölf Jahren das Glück, diesen für die heimische Altertumskunde hochwichtigen Fund zu machen. Die Ergebnisse seiner planmäßig durchgeführten Ausgrabungen und die von dem scharfsinnigen Forscher daran gelnüpften Schlüsse gewähren lehrreiche Einblicke in die märkische Siedlung der Bronzezeit. Wie Kiekebusch in der Erde die nur noch mit schwärzlichem Brandschutt gefüllten Löcher für die ehemaligen Hauspfosten fand, wie er aus den Reihen der Pfostenlöcher die Hauswände erkannte, aus den Wänden die Hausgrundrisse sich zusammensetzten, aus den Grundrissen schließlich die ganze Wohnsiedlung sich aufbaute, das zeigte in fesselnden Ausführungen der durch viele Lichtbilder unterstützte Vortrag. Auch die Beziehungen des in dieser ehemaligen Siedlung aufgefundenen Haustypus zu den Bauten Altgriechenlands und andererseits zu manchen noch heute in Osteuropa anzutreffenden Bauten wurden in dem Vortrag beleuchtet. b.

Die Grippe im 18. Jahrhundert. Ein Bild von der Grippeepidemie des Jahres 1781, die in vieler Hinsicht an das heutige Wüten der Seuche erinnert, findet sich in dem bekannten „Gemälde von Paris" von Sebastian Mercier. „Fast alle Jahre," heißt es da, „nehmen um die Mitte des November die Erkältungen außerordentlich zu infolge der feuchten und kalten Witterung und der Nebel, die den Schweiß unterdrücken. Viele sterben daran. Aber der Pariser, der über alles lacht, nennt diese gefährlichen Erkältungen „la grippe, la coquette", und der Lacher ist drei Tage später von dieser „kokketten Grippe" selbst ergriffen und steigt ins Grab. Die neue Mode, große Mäntel zu tragen, ist vortrefflich, denn auf diese Weise erhält man einen Schutz gegen die Kälte. Aber die Damen, die beim Verlassen des Theaters oder der Vergnügungslokale auf ihre Wagen oder Sänften warten müssen, zittern trotzdem unter ihrer leichten Bekleidung und sollten bedenken, daß ihre Umhänge nicht genügend dicht sind, um sie vor der Grippe zu schützen."

Spielplanänderung. Im Neuen Volkstheater findet in Abänderung des Spielplans am Freitag eine Aufführung der „Heuchler" und am Sonnabend der „Gezierten" und des „Zerbrochenen Kruges" statt.

Alfred Döblin liest am 28., 8 Uhr, in der Berliner Sezession zugunsten des Unterstützungsfonds des Künstlerdanks aus eigenen Werken.

Paul Scheinpflugs Oper „Das Hofkonzert" gelangt am 3. Februar im Deutschen Opernhaus zur Uraufführung. Scheinpflug, der jetzt als Musikdirektor in Duisburg wirkt, nimmt an den Proben teil.

Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland. Der Vortrag von Professor Einstein wird vom 2. auf den 7. Februar verschoben; damit er einer breiteren Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, findet er im Marmorsaal am Zoo statt.

„Im Namen des Pöbels".

Eine unglaubliche Urteilsausfertigung wurde uns am Mittwoch nachmittag auf unserer Redaktion vorgelegt. Sie betraf ein Urteil des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg in einer Zivilprozeßsache mit der Geschäftsnummer 28. C. 949/21 (Watz gegen Tonini). An der Spitze der Urteilsausfertigung, wo früher „Im Namen des Königs" stand, und jetzt „Im Namen des Volkes" zu stehen hat, prangte in Schreibmaschinenschrift der Vermerk

„Im Namen des Pöbels".

Wir vermuteten hier erst einen schlechten Scherz, aber die nähere Prüfung der Urteilsausfertigung ergab, daß das Aktenstück mit der amtlichen schwarzweißen Schnur geheftet und mit dem Stempel des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg versehen war. Es trug folgenden Ausfertigungsvermerk:

Ausgefertigt Berlin-Schöneberg, 23. Januar 1922.
Schwarz, Kanzleiassistent,
als Gerichtsschreiber Abt. 28.

Die Sache hat noch ein seltsames Nachspiel. Wie uns mitgeteilt wird, erschien bei dem Inhaber des Urteils am Donnerstag vormittag ein Beamter des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg, um das vorgefallene „bedauerliche Versehen" abzuändern. Wir können uns nicht ganz vorstellen, daß es sich hier nur um ein Versehen gehandelt hat.

Sozialdemokratische Etatkritik.

In der heutigen Landtagssitzung sprach als erster Redner zum Haushaltsplan

Abg. Heilmann (Soz):

Das Arbeitstempo und die Arbeitsquantität des preußischen Finanzministeriums anerkennen auch wir, auseinander gehen wir nur in der Frage der Beurteilung dieser Arbeit. Der vorliegende Etatsentwurf ist aufgebaut auf der Grundlage eines **Markwertes von 7 Pfennig.** Der inzwischen erfolgte Sturz der Mark bedeutet eine

völlige Umwälzung dieser Grundlage.

Demgemäß sind die Annahmen des Etatsentwurfes bezüglich der Einnahmen und Ausgaben reichlich willkürlich. Der Kohlenpreis z. B. beträgt reichlich das Doppelte des Preises, den der Entwurf annimmt. Deshalb sind die Berechnungen des Etats kaum zu verwerten bezüglich dessen, was im kommenden Etatsjahre wirklich einkommen und was ausgegeben werden wird. Das Ergebnis der staatlichen Betriebsverwaltungen gehört gar nicht in den Etat hinein. Ihr Ergebnis erscheint auch uns durchaus unbefriedigend. Gerade wir als Sozialisten fordern hier unbedingt eine Besserung. Ein besonderer Stein des Anstoßes ist für uns die Betriebsverwaltung der Gestüte. Sie erfordern einen Zuschuß von über 40 Millionen Mark. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die

Aufwendungen für die Gestüte die Aufwendungen für die Volksgesundheit beträchtlich übersteigen.

(Sehr richtig!) Die Staatsbetriebe müssen so organisiert werden, daß ein Verwaltungsrat aus Technikern und Kaufleuten die Leitung in der Hand hat. Die Arbeiter und Beamten und das Parlament müssen im Aufsichtsrat genügend vertreten sein. Ich habe allerdings keine allzu hoch gespannten Erwartungen. Die Erfahrungen mit den Reichsbetrieben sind nicht sehr günstig. Auch die kaufmännisch geleiteten Unternehmungen des Reiches haben nicht die erwarteten Erfolge erzielt. Dafür sind zwei Gründe verantwortlich; teils handelt es sich bei den leitenden Persönlichkeiten um Männer, die nicht befähigt sind, solche Posten zu bekleiden. Sie sind in die Reichsbetriebe nur hineingegangen, weil die Privatindustrie von ihnen nichts wissen wollte, oder es sind sehr befähigte Köpfe, dann haben sie kein Interesse daran, besondere Leistungen für das Reich aufzubringen, weil sie sich nicht die Gegnerschaft der Privatindustrie zuziehen wollen, in die sie schließlich überzugehen beabsichtigen, weil sie dort besser bezahlt werden. Außerdem hat sich

der Staatsbetrieb nur in horizontaler Richtung entwickelt,

aber nicht in vertikaler Richtung, wie das in so hervorragendem Grade z. B. Stinnes getan hat, der alle Verarbeitungen, angefangen vom Urprodukt bis zum Fertigfabrikat, in eigener Regie vornimmt. Warum stellt die preußische Eisenbahnverwaltung nicht selbst die von ihr benötigten Lokomotiven, Wagen und Schienen her. Unbedingt ist an dem Grundsatz festzuhalten, daß vom Staatseigentum auch nicht ein Fetzen veräußert wird. (Sehr richtig.) Das Staatseigentum muß vielmehr vergrößert, erweitert und befestigt werden. Zu unserer Befriedigung hat der Handelsminister diesen Grundsatz bei den Verhandlungen über den Duisburger Hafen auch zum Ausdruck gebracht. Sparsamkeit in der Verwaltung heißt ökonomisch arbeiten. Es wird noch viel zu viel neben und über einander in der Verwaltung regiert und intrigiert. Der Grund ist die ganz ungenügende Zuständigkeitseinteilung zwischen den einzelne Ressorts. Sind doch z. B. die

sozialen Aufgaben auf drei Ministerien verteilt,

nämlich Volkswohlfahrt, Handel und Inneres. So hat das Landwirtschaftsministerium den Bau des Mittellandkanals in sein Ressort genommen, obgleich der doch sicherlich das Verkehrsministerium in erster Linie angeht. Wir brauchen also einen Neuaufbau der Gesamtverwaltung. Der heutige Aufbau der Ministerien ist geschichtlich willkürlich entstanden. Sie umfassen nicht organisch zusammenhängende Materien. Der Aufbau muß so klar, durchsichtig und einfach wie irgend möglich gestaltet werden. Wie steht es mit der Bestellung eines Staatskommissars für die Staatsbergwerke? Wann kommt die

Auseinandersetzung mit den Hohenzollern

zum Abschluß? Preußens Finanznot ist so groß, daß ein genügend großer Teil des Besitzes an ihn gelangen muß. Ohne die Einnahmen aus der Grundsteuer kann der Etat nicht bilanciert werden. Es ist eine große Schuld der Rechten, daß sie das Zustandekommen der Grundsteuer bisher verhindert hat. Es ist völlig aussichtslos, an dem Gedanken der ausschließlichen Steuerhoheit des Reiches zu rühren. Wenn die Reichsfinanzverwaltung in so hohem Grade versagt hat, so liegt das an der eingeschlagenen Personalpolitik. Die Finanzämter sind mit Reaktionären, vorwiegend mit ehemaligen Assessoren und Offizieren besetzt. Den Lohn- und Gehaltsempfängern wird die Steuer sofort abgezogen, während der Besitz immer noch verschont geblieben ist. Wenn die Reichsfinanzpolitik versagt hat, so ist dafür verantwortlich auch der Leiter dieses Ministeriums selbst, der als Ernährungsminister den Düngemittelfabrikanten ungeheure Preise zugebilligt hat, während den Eisenbahnern unter Hinweis auf die Notlage des Reiches die Erfüllung ihrer Lohnwünsche abgeschlagen wird. Am besten arbeiten diejenigen Ministerien, wo nach der Revolution der Personalbestand gründlich erneuert worden ist. Ein Beispiel hierfür sind das Kultus- und das Reichswirtschaftsministerium. Es sollte doch für eine Republik eine selbstverständliche Pflicht sein,

die wirklichen Republikaner unter ihren Beamten zu schützen.

Dagegen ist es heute geradezu ein Martyrium, wenn man sich als Beamter als Sozialdemokrat, als Demokrat oder als linksstehender Zentrumsmann bekennt.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Die Verhaftung Maslows und Budichs ist nach der „Freiheit" erfolgt, als sie das Reichstagsgebäude betreten wollten, um an der Sitzung des KPD.-Zentralausschusses teilzunehmen; die „Rote Fahne" fordert auf, die angekündigte Ueberführung Budichs nach Bayern nicht zu dulden.

Keine Volksküchen mehr.

Als im Jahre 1916 infolge des Krieges die private Lebensmittelbeschaffung immer schwieriger wurde, schritt Berlin zur Einrichtung der städtischen Volksspeisung. Es wurden 11 Zentralküchen geschaffen, in denen die Speisen zubereitet und von hieraus in die Ausgabestellen transportiert wurden. Die Teilnahme erreichte im Juli 1917 ihre Höchstzahl mit täglich 176 900 Personen, für die 160 000 Literportionen Essen hergestellt werden mußten.

Von Mitte 1919 ab, als die Lebensmittelzufuhren wieder reichlicher eingingen, trat ein merklicher Rückgang der Teilnehmerzahl ein, der dazu führte, daß im Laufe des Jahres die Zentralküchen bis auf zwei (Treskowstr. 11 und Landsberger Allee 59) geschlossen wurden. Diese beiden Küchen wurden bis zum 9. Oktober 1921 weitergeführt. An diesem Tage wurde die Küche Landsberger Allee 59 ebenfalls stillgelegt. Es besteht demnach seither nur noch die Küche Treskowstr 11, die für den jetzt noch vorhandenen Bedarf vollkommen ausreicht. Im November 1921 betrug die Zahl der Teilnehmer an der Volksspeisung täglich durchschnittlich 9825, darunter 6028 Schulkinder. Bei dieser geringen Beteiligung kann der Berliner Magistrat, abgesehen von den Schulkindern, für welche die Speisung in anderer Weise organisiert werden soll, eine Notwendigkeit zur Weiterführung der Volksspeisung nicht anerkennen. Der Magistrat hat beschlossen, die Volksspeisung auch in Lichtenberg, Schöneberg, Spandau, Neukölln und Pankow-Niederschönhausen bis zum 30. April 1922 aufzuheben und die Stadtverordnetenversammlung ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Zugzusammenstoß auf der Ringbahn.

25 Fahrgäste leichtverletzt.

Auf der Nordringstrecke ereignete sich heute früh zwischen Wedding und Gesundbrunnen in der Zeit stärksten Verkehrs ein Zusammenstoß zweier Ringbahnzüge, bei dem 25 Personen leicht verletzt worden sind.

Ueber den Zusammenstoß erfahren wir folgende Einzelheiten: Aus noch nicht aufgeklärten Gründen fuhr um 7.30 Uhr früh ein vom Wedding kommender Vollringzug etwa in der Mitte der Fahrstrecke Wedding—Gesundbrunnen über das Haltesignal hinaus und stieß bei Blockbude Nr. 25 auf einen dort haltenden Nordringzug. Durch den Zusammenprall, der glücklicherweise nicht mit voller Gewalt erfolgte, da der Lokomotivführer des Vollringzuges im letzten Augenblick bremsen konnte, wurden die beiden letzten Wagen des Nordringzuges zum Entgleisen gebracht. In beiden Zügen, die zu dieser Zeit überfüllt waren, wurden die Fahrgäste durch den Anprall von den Sitzen geschleudert, zahlreiche Fensterscheiben gingen in Trümmer. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Zusammenstoß 25 Personen leicht verletzt worden, darunter der Zugführer des Nordringzuges.

Ein Teil der Verunglückten wurde auf den Rettungsstellen 10 in der Badstraße und 16 in der Lindower Straße verbunden, unter anderen Magistratssekretär Schmidt aus der Scharnweberstraße, Frau Agnes Post, Müllerstraße 132, Schlosser Willi Stern, Zimmermann Romatzki und ein Fräulein Klemke aus Charlottenburg, die leichte Quetschungen, Glassplitterverletzungen und Nervenschocks davongetragen hatten. Die meisten Verunglückten konnten sich nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen begeben. Der Verkehr auf der Nordringstrecke war in Richtung Beutzelstraße—Gesundbrunnen bis in die Vormittagsstunden hinein gesperrt. Die von Westend kommenden Züge verkehrten nur bis Beutzelstraße, die von Weißensee kommenden nur bis Gesundbrunnen. In der anderen Fahrtrichtung wurde der Betrieb aufrechterhalten. Eine Untersuchung darüber, wie der Lokomotivführer des Vollringzuges das Haltesignal überfahren konnte, oder ob das Signal nicht vorschriftsmäßig auf „Halt" stand, ist eingeleitet worden.

60 Brände in 24 Stunden.

Der Sarotti-Brand in Tempelhof bildete den Auftakt zu einer Hochflut von Bränden, von denen Berlin zurzeit heimgesucht wird. Mehr als 40 Feueralarme sind binnen 24 Stunden in Alt-Berlin erfolgt, über 60 in Groß-Berlin. So geht es jetzt Tag für Tag. In den letzten Stunden wurden folgende Brände gemeldet:

In Moabit brannte das Gemeindehaus der Johanniskirche Alt-Moabit 25. Der 15. Zug hatte tüchtig zu tun, um die Gefahr, die durch einen Ofen entstanden sein soll, zu beseitigen. Nachts standen in der Lehrter Straße 16/17, Kellereien, eine Autowerkstätte, Bureauräume und Dachverschalungen in Flammen. Diese hatten schnell reiche Nahrung gefunden, so daß die 4. Kompanie tüchtig Wasser geben mußte, um eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Der 11. Zug hatte längere Zeit in der Hollmannstr. 8 zu löschen, wo der Keller in Flammen stand und das Erdgeschoß schon brannte. Ferner kam im Dachgeschoß der Staatsschuldenverwaltung, Oranienstr. 101/102, Feuer aus, daß auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Am Karlsbad 4a brannte eine Wohnung, in der Elisabethstr. 5/6 das Zwischengebälk u. a. in einer Pianofabrik. Wohnungsbrände wurden gemeldet aus der Essener Str. 9, Lottumstraße 1a, Hussitenstr. 59, Turmstr. 55 usw. Auf dem Hofe Köpenicker Str. 58 brannte Müll u. a., Alt-Moabit 103/104 ein Schornstein und Immobilien. Außerdem rückte die Wehr wegen eines Zusammenstoßes mehrerer Straßenbahnen nach dem Moritzplatz aus. Gasvergiftungen wurden mehrere gemeldet, darunter 2 mit tödlichem Ausgang.

Wie Reichsgut verschleudert wurde.

Veruntreuungen bei der Reichstreuhandgesellschaft.

Wegen Untreue zum Schaden der Reichstreuhandgesellschaft mußten sich vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III der Kaufmann Willi Ehrich aus Charlottenburg, der Kaufmann Theodor Burger und der Kaufmann Rudolf Schwarz verantworten, während der Kürschnermeister Wilhelm Prenzlow und der Kommissionär Erich Barheim wegen Hehlerei bzw. Beihilfe zur Untreue angeklagt waren.

Die Verhandlung entrollte skandalöse Zustände, verursacht von Angestellten der Reichstreuhandgesellschaft, jener Institution, die geschaffen war, um aus der deutschen Reichskonkursmasse wenigstens noch das im Interesse der Steuerzahler zu retten, was zu retten war. Der Angeklagte Ehrich war als Angestellter der Reichstreuhandgesellschaft in dem früheren Artilleriedepot in Spandau tätig. Als eines Tages der Angeklagte Prenzlow an ihn wegen des Ankaufs von Säcken aus den Beständen der Reichstreuhandgesellschaft, die den Verkauf des dort lagernden Reichseigentums regelt, herantrat, kam er auf den Gedanken, eine kleine Schiebung vorzunehmen. Da er diese nicht allein ausführen konnte, wandte er sich an den jetzigen Mitangeklagten Burger, der bei der Brandenburgischen Materialbeschaffungsstelle (Bramabest) als Vertreter des seinerzeit beurlaubten dritten Angeklagten Schwarz tätig war. Ehrich verkaufte im Einverständnis mit Burger und des später zurückkehrenden Schwarz die Säcke für 2000 M. an Prenzlow, während sie selbst jeder 12000 M. Provision, Ehrich außerdem eine Klubsesselgarnitur von P. erhielten. Das Reich erhielt also 2000 M., während die Angestellten der Reichsstelle zusammen 36 000 M. „Provision" erhielten. Durch einen Vertrauensmann des Reichskommissars wurde ferner ermittelt, daß Ehrich Scherenfernrohre und Richtaufsätze verschoben habe. Der betreffende Beamte trat als Käufer auf und zahlte, um den Aufbewahrungsort der sehr wertvollen Apparate zu erfahren, im Einverständnis mit seiner vorgesetzten Behörde 10 000 Mark auf die Fernrohre an. Auf diese Weise wurde festgestellt, daß Ehrich zwei ganze Kisten mit diesen Apparaten beiseite geschafft hatte und bei diesem Geschäft auch Prenzlow und sein Geschäftsführer Barheim beteiligt waren. Weitere drei Kisten Scherenfernrohre, die offenbar auch noch verschoben werden sollten, wurden bei einem Fuhrherrn in der Milastraße beschlagnahmt, bei dem sie als „Knorrbremsen" von Prenzlow zur Aufbewahrung gegeben worden waren. Die weiteren Ermittlungen führten zu der Vermutung, daß an den Schiebungen auch ein höherer Beamter der Reichstreuhandgesellschaft, angeblich ein ehemaliger hoher Offizier, beteiligt gewesen sein müsse; näheres ließ sich jedoch nach dieser Richtung hin nicht feststellen. — Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen bis zu 10 Monaten und 10 000 M. Geldstrafe.

Das Gericht sah die Sache milder an und erkannte gegen Ehrich und Prenzlow auf je 5 Monate Gefängnis und 600 M. Geldstrafe, gegen Burger und Schwarz auf 3 Monate Gefängnis und 400 M. Geldstrafe und gegen Barheim auf 2 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Das Kontrollrecht der Mieter bei Hausreparaturen.

Nachdem neuerdings der § 10 der Höchstmietenverordnung sich in größerem Umfange auszuwirken beginnt und Mieterschaften oder einzelne Mieter durch Beschluß der Mieteinigungsämter zur Erstattung von Kosten für Hausreparaturen herangezogen werden, verlangen die Mieter ein Kontrollrecht über die Vornahme von Hausreparaturen. Es hat sich schon jetzt gezeigt, daß an und in den Häusern in den letzten beiden Jahren vielfach Verbesserungen vorgenommen worden sind, die nicht unbedingt notwendig waren, aber das Haus verschönten und dadurch seinen Wert steigerten. Aber auch bei notwendigen Reparaturen erhält der Hausbesitzer im Falle des Hausverkaufs einen entsprechend höheren Preis, der durch die Zuschüsse der Mieter zustandegekommen ist. Nicht mit Unrecht wollen also die Mieter, wenn sie zahlen sollen, auch einen Einfluß darauf gewinnen, was und wie repariert wird, zumal nachträgliche Feststellungen über die Frage der Notwendigkeit sowie über die aufgewendete Zeit nicht immer leicht sind. Im Entwurf des Reichsmietengesetzes soll über ein solches Kontrollrecht der Mieter und Mieterausschüsse nichts bestimmt sein. Das müßte nachgeholt werden.

Gebührenerhöhung auf dem Berliner Schlachthof.

Die Folgen der Kriegsjahre mit ihrer starken Einschränkung des Fleischverbrauchs und des sich daraus ergebenden gewaltigen Rückgangs der Schlachtungen machen sich jetzt in erheblichen Fehlbeträgen der städtischen Schlacht- und Viehhofverwaltung bemerkbar. Ganz besonders dieser Teil des städtischen Finanzwesens ist hinter der Teuerung und Geldentwertung zurückgeblieben. Der Verwaltungsausschuß des Schlacht- und Viehhofs hat daher in seiner letzten Sitzung eine den augenblicklichen Geldwertverhältnissen entsprechende Erhöhung sämtlicher Gebühren auf dem Schlacht- und Viehhof beschlossen, die am 1. April in Kraft treten soll. Sie bedeuten zum größten Teil eine Verdreifachung der bisherigen Sätze, erreichen aber vielfach noch nicht die Höhe der Gebühren, die sogar von kleineren Provinzstädten der Mark Brandenburg erhoben werden. Ferner wurde beschlossen, bezüglich der Sätze der Schaugebühren das von außerhalb eingeführte Fleisch dem hier geschlachteten Vieh gleichzustellen, für Schweine gelten sie einschließlich der Trichinenschau.

Großfeuer in Mühlenbeck.

In Mühlenbeck, wo sich ein städtisches Rieselgut (Pankow) befindet, sind gestern mehrere Siedlungshäuser, die einer Aktiengesellschaft gehören, niedergebrannt. Auch in diesem Falle wird darüber Klage geführt, daß die Hilfeleistung außerordentlich mangelhaft organisiert gewesen sei, da es nach mehrfachen Bemühungen erst nach einer halben Stunde gelang, mit dem Bezirksamt Pankow und dem Berliner Magistrat Fühlung zu bekommen, um Hilfe aus Berlin zu erhalten. Die Wehren von Buch, Schönwalde, Schönfließ, Schildow und Schönerlinde beteiligten sich an der Löschung des Brandes, die infolge der Kälte außerordentlich schwierig war, so daß das Niederbrennen eines Teiles der Siedlung nicht verhindert werden konnte.

„Schmumachen" verboten.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Zuschneider Bendix und die unverehelichte Hesselbach zu verantworten. B. hatte zwar die ihm vorgeschriebenen Mäntel aus den ihm von seiner Firma übergebenen Stoffen zugeschnitten, sich aber die Reste, die nach und nach etwa 14 000 M. ausmachten, angeeignet und ferner einen ihm von der Firma wegen eines Mangels nicht abgenommenen Mantel der Angeklagten H. geschenkt. Der gerichtliche Sachverständige erklärte, daß weder Zwischenmeister noch Zuschneider die Stoffe behalten dürfen. Der Staatsanwalt beantragte gegen B. wegen Diebstahls sechs Monate Gefängnis und gegen die H. wegen Hehlerei 500 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte den Zuschneider zu 3000 M. Geldstrafe. Die Angeklagte H. wurde freigesprochen.

Kälteferien in Potsdam. Sämtliche höheren Schulen und einige Gemeindeschulen haben gestern der großen Kälte wegen ihre Pforten geschlossen. Auch die Vorlesungen der Volkshochschulen im Realgymnasium und Lyzeum fallen aus dem gleichen Grunde in dieser Woche aus. Auch in einigen Berliner Schulen wurden die Kinder der Kälte wegen nach Hause geschickt.

Der Preis für Niederschlesischen Schmelzkoks bei Lieferung frei Haus an das Kleingewerbe sowie für Warmwasser- und Zentralheizungsanlagen in Fuhren nicht über 30 Zentner ist, wie das Kohlenamt mitteilt, mit Wirkung vom 22. d. M. auf 48,35 M. pro Zentner festgesetzt worden.

Rheinlandkundgebung. Am nächsten Sonntag, den 29. Januar, vormittags 11 Uhr, findet im Kaisersaal des „Rheingold", Eingang Bellevuestraße, eine Kundgebung: „Die Not des Rheinlandes", statt. Bei dieser vom Reichsverband der Rheinländer einberufenen Veranstaltung werden unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe folgende rheinischen Reichstagsabgeordneten sprechen: Hofmann-Ludwigshafen, Sollmann-Köln, Moldenhauer-Köln, Korell-Ingelheim. Der Berliner Lehrergesangverein wird rheinische Lieder zu Gehör bringen.

Deutsche Friedensgesellschaft. Freitagabend, den 27. Jan., 7 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Königstraße, Vortrag des Dr. Krische über „Pazifismus und Sozialismus". Anschließend Diskussion.

Selbstmordversuch Grupens. Der in der Kleppelsdorfer Mordsache zweimal zum Tode verurteilte Architekt Peter Grupen unternahm im Hirschberger Gerichtsgefängnis einen Selbstmordversuch durch Erhängen, konnte aber durch das rechtzeitige Hinzukommen eines Gefängnisbeamten gerettet werden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig gelinder, überwiegend heiter und trocken, zeitweise etwas nebelig bei frischen östlichen bis südöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 27. Januar, abends 7 Uhr: Wichtige Sitzung aller Abteilungsleiterinnen und Helferinnen bei Winzer, Christburger Str. 9.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tep. Telephon Moritzplatz 121 68—121 16.

Heute, Donnerstag, den 26. Januar:

Steglitz-Friedenau. Jugendheim Offenbacher Straße 5a: Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftsbewegung

Angestelltentarif der „Berliner Metallindustrie“.

In den zuletzt zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Angestelltenorganisationen geführten Verhandlungen war ein endgültiger Bescheid der Arbeitgeber für den 28. d. M. in Aussicht gestellt worden. Eine vom Verein Berliner Metallindustrieller verspätet bei der Geschäftsstelle des Ortskartells Groß-Berlin des Afa-Bundes eingelaufene telephonische Mitteilung läßt erkennen, daß die Arbeitgeber für Januar Erhöhungen nicht bewilligen, aber am kommenden Sonnabend über die weitere Gestaltung der tariflichen Festsetzungen mit den Angestelltenorganisationen in der kleinen Kommission verhandeln wollen. Zuvor wird die Tarifkommission des Afa-Bundes (Metabelo) zu der jetzigen Lage Stellung nehmen.

Nachrichten aus den Betrieben zeigen, daß die in der gegenwärtigen Situation begreifliche Erregung der Angestelltenschaft diese für Teilaktionen geneigt macht. Im Interesse der Gesamtbewegung möchten wir eindringlichst vor allen Dingen vor Sonderunternehmungen einzelner Betriebe oder Konzerne warnen. Die Bewegung muß einheitlich, wie sie begonnen, auch zu Ende geführt werden. Wer Teilaktionen unternimmt, schädigt die Gesamtbewegung und muß hierfür alle gewerkschaftlichen Konsequenzen tragen.

Weitere Nachrichten über das Verhandlungsergebnis sowie Anzeigen über abzuhaltende Versammlungen werden rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Ortskartell Groß-Berlin.
Flatau, Liebeskind, Otto.

Kinderzulagen und uneheliche Kinder.

Berliner Firmen der Metallindustrie lehnten es bisher ab, die im Tarifvertrage für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Metallindustrie festgesetzten Kinderzulagen an Väter und Unterhaltspflichtige von unehelichen Kindern zu zahlen. Der Schlichtungsausschuß fällte einen Spruch, der den beteiligten Arbeitnehmer recht gab und zum Ausdruck brachte, daß die Kinderzulagen an Väter von unehelichen Kindern gezahlt werden müssen. Die beklagte Firma lehnte den Schiedsspruch ab. Der angerufene Demobilmachungskommissar setzte eine mündliche Verhandlung an, unter Leitung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Kluckhohn. Der Vertreter des Demobilmachungskommissars hatte Bedenken, die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches auszusprechen. Die Vertagung der endgültigen Entscheidung geschah nach Auffassung der verhandelnden Arbeitnehmervertreter nur, um nicht allzu kraß den rückständigen Standpunkt des Vertreters des Demobilmachungskommissars in Erscheinung treten zu lassen. Trotz der großen Bedeutung dieser Entscheidung fiel dieselbe ganz gegen die sonstige Gewohnheit innerhalb 24 Stunden zuungunsten des Klägers. Damit brachte der Demobilmachungskommissar zum Ausdruck, daß es in der deutschen Republik zweierlei Recht gibt. Die unehelichen Kinder werden minderen Rechts erklärt.

Der Demobilmachungskommissar begründete seine Ablehnung wie folgt: „Der Wortlaut dieser Bestimmung (des Tarifvertrages), nach dem eine Kinderzulage in fester Höhe für jedes Kind zu zahlen ist, ist nicht unzweideutig, sondern verschiedener Auslegungen fähig, soweit es sich um die unehelichen Kinder handelt.“

Fordert schon die Anschauung des Vertreters des Demobilmachungskommissars in bezug auf die unehelichen Kinder zum Protest heraus, so bleibt es einfach unverständlich, wie der Demobilmachungskommissar als offizieller Vertreter einer Behörde hier zweierlei Recht schafft. Sollte in dieser Praxis durch das vorgesetzte Ministerium eine Aenderung nicht herbeigeführt werden, so darf man sich nicht wundern, wenn weitere Kreise der Arbeitnehmerschaft auf den Gedanken kommen, daß einzelne Vertreter des Demobilmachungskommissars so auf die Denkweise rückständiger Unternehmer eingestellt sind, daß sie klares Recht als solches nicht mehr zu erkennen vermögen.

Merkwürdige Solidarität.

Die Firma Bauten- und Industriewerke Ambi, Berlin-Johannisthal (früher Flugplatz), führt dort große Hallenneubauten aus. Die dort beschäftigten 75 Zimmerer traten im Dezember nach Ablehnung ihrer gerechten Forderung in den Streik. Der Gesamtbetriebsrat der Zimmerer setzte den Obmann Begoll (USPD.) sowie den Arbeiterrat Fleischer (USPD.) vom ganzen Ambi-Werk davon in Kenntnis, um zu verhindern, daß Streikarbeit im Betriebe ausgeführt wird. Nach ca. sechswöchigem schweren Kampf nahmen die Zimmerer die Arbeit wieder auf und mußten die Wahrnehmung machen, daß die versicherte Solidarität in stärkstem Maße mißbraucht worden ist. Es wurde festgestellt, daß die Stellmacher vom Waggonbau ein Dach, welches noch nicht eingedeckt war, zum größten Teil fertiggestellt hatten. Es wäre nun Pflicht des B. und F. gewesen, die Arbeit zu verhindern. Aber den Stellmachern wurde mitgeteilt, es sei Notstandsarbeit und die Streikleitung der Zimmerer hätte dazu die Genehmigung erteilt. Um wenigstens etwas Solidarität zu zeigen, wurde von B. und F. verlangt, das Dach nur provisorisch fertigzustellen. Auch gegen eine provisorische Arbeit erheben die Streikenden in diesem Falle ganz energischen Protest.

Die Stellmacher waren unter diesen Umständen nicht so scharf zu verurteilen, weil in einem Schreiben, welches dem Gesamtbetriebsrat, Abt. I, bei der Aussprache vorgelegt wurde und von der Firma sowie dem Obmann Begoll und Arbeiterrat Fleischer unterzeichnet war, gesagt wurde, die Stellmacher hätten jetzt wenig zu tun und könnten die Arbeit machen. Nach einer erregten Auseinandersetzung erklärte zynisch der Arbeiterrat Fleischer, daß es an Idiotismus grenzt, wenn verlangt würde, daß 200 Arbeitskollegen wegen der streikenden Zimmerleute nicht arbeiten könnten. Ein Zeichen, wie weit das Klassenbewußtsein in den Köpfen derartiger, sonst so radikaler Arbeitervertreter gestiegen ist.

Das Finanzministerium als Arbeitgeber.

Wie bereits unlängst berichtet, plant das Finanzministerium einen Lohnabbau für die Arbeiterschaft in den Gartenverwaltungen der ehemaligen Krone in Potsdam, Babelsberg, Wilhelmshöhe usw. Obwohl die Rechtsfrage, ob der bisher geltende Tarifvertrag zu Recht besteht, noch nicht geklärt ist, hat das Finanzministerium bei der letzten Lohnzahlung am Freitag, den 20. dieses Monats erhebliche Lohnabzüge vorgenommen. Bei Kriegerwitwen mit zwei Kindern beträgt der Lohnabzug pro Woche 100 Mark, für einen Gärtner mit drei Kindern pro Woche 150 M. Das ist geradezu skandalös! Waren die bisher gezahlten Löhne schon an und für sich ungenügend, so wirkt dieser Abzug bei der herrschenden Teuerung geradezu aufreizend. Was würde man dazu sagen, wenn ein Privatunternehmer derartige Praktiken anwenden würde? Das Finanzministerium hat sein Vorgehen u. a. damit begründet, daß zurzeit noch nicht feststeht, wer als rechtmäßiger Eigentümer dieser Anlagen in Frage kommt. Anscheinend ist man also bemüht, noch einige Tausend Mark mehr dem früheren nominellen Besitzer nach Holland nachzusenden. Es wäre durchaus angebracht, wenn sich die sozialistischen Abgeordneten einmal um diese Angelegenheit kümmern würden.

Warnung vor planloser Zuwanderung ungelernter Arbeitskräfte nach Rheinland-Westfalen. Von den zuständigen amtlichen Stellen wird vor Zuwanderung ungelernter Arbeitskräfte nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewarnt, da die dortigen Bergbau- und Industriebetriebe nicht mehr in der Lage sind, größere Massen ungelernter Arbeiter aufzunehmen. Es gelingt den zugereisten Personen nur sehr selten, von den Arbeiterannahmestellen der Zechen eingestellt zu werden. In den weitaus meisten Fällen irren sie arbeitslos umher und müssen nach langen vergeblichen Versuchen in ihre Heimatsgemeinde zurückkehren. Vor einer planlosen Zuwanderung nach Rheinland-Westfalen ohne Inanspruchnahme der zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweisorganisationen kann also gar nicht genug gewarnt werden; denn sie verursacht den Arbeitsuchenden nur unnütze Geldausgaben.

Eisenbahnerstreik in Irland. Auf den Eisenbahnen im Bezirk Dublin sowie in Südwestirland ist als Protest gegen die Absetzung eines Bahnhofsvorstehers, in der die Angestellten eine Maßregelung erblicken, der allgemeine Ausstand verkündet worden.

Der Hafenarbeiterstreik in Genua, ein Sympathiestreik zugunsten der Seeleute, ist beendet. Der Verband der Seeleute ersuchte die beiden großen Hafenarbeiterverbände, die Sperre, die sie über vier Schiffe verhängt hatten, wieder aufzuheben, da die Reeder die Aufhebung des Ausladeboykotts zur Bedingung für weitere Verhandlungen machten über die von ihnen geplanten Lohnkürzungen.

Aus der Partei.

Zur Frage der Beitragserhöhung.

Gern geben wir einen Appell an die Gesamtpartei wieder, der uns aus dem Rheinland zugeht. Es heißt in ihm: Aus dem vom Parteivorstand veröffentlichten Stand der Parteibeiträge war zu ersehen, wie verschiedenartig der Beitrag in den verschiedensten Landesteilen erhoben wird. Gegenden mit sehr schwach ausgebauten Organisationen sind genötigt, Beiträge von 1 M. für weibliche, 1,50 M. für männliche Mitglieder und darüber zu erheben, um den in mühseligem Ringen aufgebauten Organisationsapparat erhalten zu können. Trotzdem ist es ihnen nicht möglich, den Organisationsapparat in der bisherigen Form bei der fortschreitenden Teuerung aufrechtzuerhalten. Sie müssen an eine Umstellung und Einstellung auf die augenblickliche Lage bedacht sein. Daß die dazu gezwungenen Genossen hiervon nicht gerade freudig überrascht sind, kann man wohl verstehen. Dieser Unwille wird aber noch vergrößert, wenn man liest, daß es noch sehr große leistungsfähige Bezirke gibt, die noch einen sehr geringen Parteibeitrag zahlen. Ehrenpflicht solch großer Bezirke ist es, ihren Mitgliedern klar zu machen, daß sie verpflichtet sind, durch eine erhöhte Beitragszahlung die Partei in die Lage zu setzen, den schwachen Bezirken größere Zuschüsse zu gewähren, um den bisherigen Organisationsapparat erhalten zu können. Es handelt sich meist um sehr schwer zu bearbeitende Gebiete im Osten und Westen unseres Vaterlandes. Besonders im Rheinland haben es unsere Genossen mit einem sehr verschlagenen Gegner zu tun, der Beichtstuhl, Kanzel und Mission in seine Parteidienste spannt. Während in den großen, dichtbevölkerten Bezirken ein Angestellter mit leichter Mühe und verhältnismäßig geringen Kosten Tausende von Mitgliedern bearbeiten kann, ist es in jenen entfernten Grenzdistrikten viel schwerer, einige hundert Genossen zu bearbeiten. Bezirke bis zu tausend Mitglieder stehen jetzt vor der Frage der Umstellung. Lange und mühevolle Arbeit wird dadurch in Frage gestellt.

Darum, Genossen der großen, finanzstarken Bezirke, helft uns die Organisation hochhalten. Zahlen die Genossen in fast rein ländlichen Bezirken heute schon 1,50 M. und darüber, so muß es auch in allen anderen Bezirken möglich sein. Bringt euren Beitrag auf die gleiche Höhe, damit ein Teil dieser Gelder jenen schwer bedrängten Bezirken zufließen kann, um dort die Organisation in der bisherigen Weise erhalten zu können. Die Opfer werden nicht einiger Personen, sondern der Sache wegen gebracht. Die Genossen der großen Bezirke mögen zurückdenken an die Zeit, als auch sie noch ein kleines verfolgtes Häuflein waren. Wie dankbar waren sie da jeder Unterstützung. Darum ist es heut, wo sie groß und stark sind, ihre Ehrenpflicht, die schwächeren Brüder zu unterstützen.

In der Hoffnung, daß diese Zeilen überall die nötige Beachtung finden, bitten wir die Parteipresse um Abdruck.

Wirtschaft

Die Genossenschaften im russischen Handel.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Ost-Expreß“ erklärte der Vorsitzende des russischen Genossenschaftsverbandes (Zentrossojus) und Führer der in Berlin eingetroffenen Delegation dieses Verbandes, Chintschuk:

„Die Delegation hat die Aufgabe, eine enge Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Genossenschaften einzuleiten, um mit deren Hilfe große Einkäufe im Auslande zu tätigen. Ferner soll die bisher schon beträchtliche Tätigkeit der Genossenschaften Europas zugunsten der russischen Hungernden möglichst entwickelt werden. Der Zentrossojus seinerseits hat sich in seiner Hungerhilfe nicht auf die Verpflegung beschränkt, sondern versucht, die Wirtschaften der Notleidenden wiederaufzubauen, und zwar durch gegenseitige Hilfe auf genossenschaftlicher Grundlage. Der Zentrossojus hat eine Reihe von Verpflegungspunkten eröffnet, welche etwa 2 Millionen Menschen versorgen.

Mit der Verwirklichung der neuen Wirtschaftspolitik in Rußland hat der Zentrossojus die erste Stelle im Handelsleben des Landes eingenommen. Der Zentrossojus besitzt einen gutentwickelten Apparat von 50 000 Läden, so daß er im Dezember 1921 einen Handelsumsatz von 16 Millionen Goldrubel erzielen konnte. Die russischen Genossenschaften haben auch regen Anteil an der Organisation der Warenbörse in Moskau sowie in den großen Provinzstädten genommen. Die außerordentliche Stellung des Zentrossojus im Lande gibt ihm nicht nur die Möglichkeit, Waren zu kaufen, sondern auch für das gesamte Gebiet der Sowjet-Föderation in Kommission zu nehmen. Vor kurzem haben die Genossenschaften die Sammlung von Rohstoffen für die Ausfuhr in Angriff genommen. Sobald das Ausland Fabrikate zur Verfügung stellt, die für den bäuerlichen Konsumenten in Betracht kommen, werden diese Rohstoffsammlungen für den Export einen bedeutenden Umfang annehmen.“

Von Berlin begibt sich die Genossenschaftsdelegation nach London und von dort nach Brüssel zum internationalen Kongreß der Genossenschaften.

•

Weniger zuversichtlich äußert sich die sowjetamtliche „Prawda“ über die bisherigen Erfolge der Genossenschaften. In einem Leitartikel stellt sie die Tatsache fest, daß die für den breiten Markt arbeitende staatliche Industrie Sowjetrußlands, namentlich die Textilindustrie, trotz des gewaltigen Warenhungers im Lande, an einer ernsten Absatzkrise leide. „Millionen Arschin Kattun,“ schreibt das Blatt, „die verkauft werden sollten, um den Textilfabriken Betriebsmittel zuzuführen, bleiben auf den Fabriklagern liegen und dem Apparat der Genossenschaften fehlen die Kräfte, um diese Waren aufs flache Land zu leiten.“ Die Handelsoperationen der Genossenschaften (des Zentrossojus und seiner Gouvernementsabteilungen), die den Austausch von Industriewaren gegen Getreide vermitteln sollten, sind zwar gewachsen, bleiben aber noch äußerst gering.

Der Goldzustrom nach den Vereinigten Staaten. Die Goldeinfuhr nach den Vereinigten Staaten während des Jahres 1921 hatte laut FPS. einen Gesamtwert von 691 267 000 Dollar gegen 417 068 000 Dollar im Jahre 1920; die größten Mengen kamen aus England, Frankreich und Schweden. In der gleichen Zeit belief sich die Goldausfuhr auf nur 28 880 000 Dollar gegen 22 091 000 Dollar im Jahre 1920.

Schaffung einer sowjetrussischen Handelsflotte. Nach Mitteilung Krassins sind gegenwärtig Verhandlungen im Gange, die die Schaffung einer sowjetrussischen Handelsflotte zum Gegenstande haben. Aus englischen Reedereikreisen ist der Regierung ein Vorschlag unterbreitet worden dahingehend, daß ihnen Kredite in Höhe von 50 Millionen Pfund Sterling bewilligt werden möchten, damit auf englischen Werften Schiffe für Rußland gebaut werden können.

Eine irische Staatsbank. Die bisher als privates Unternehmen betriebene Bank von Irland ist von der provisorischen Regierung zur Staatsbank ausersehen worden. Die neue irische Staatsbank wird dem Vernehmen nach der provisorischen Regierung für das Uebergangsstadium eine Anleihe in Höhe von einer Million Pfund Sterling bewilligen, damit die notwendigsten Staatsbedürfnisse sichergestellt werden können.

Die Kursschwankungen im zweiten Halbjahr 1921 an der Berliner Börse sind in einem Heft zusammengestellt, das von der Bank für Handel und Industrie herausgegeben wurde.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

GOLD- Silber- Platin- Bruch kauft Gotzkowskyst. 13

Arbeitskleidung
Hosen von 45,— bis 225,— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh Kohnen Neukölln, Hermannstraße 76/77.

Der deutsche Weinbrand
EGON BRAUN AUSLESE
Weinbrennereien Hamburg

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Ueberall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Mostrich- u. Konservenfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Brillanten Gold- und Silber-Bruch sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
bis 7 Uhr. Gegründet 1888.

Tauben-Zentrale Neukölln, Knesebeckstr. 7. An- u. Verkauf von Flugtauben, Futtermittel.

Echte extrastarke Waltharius Wienlong-Essenz mit Kräut. dest. u. Zus. v. Äth. Oel. 12 Fl. M. 30, 10 Fl. M. 75 fr. inkl. Herst. Lab. E. Walther, Halle-Trotha 143.

Metallbetten Stahlmatratz., Kinderbett. dir. an Priv. Katal. 30 Afr. Eisenmöbelf. Suhl (Th.)

Zähne von 8 M. Teilzahlung. 5j. Gar. Kronen an 18 M., Zähne m. Einspr. schmerzlos. Umarb. schlechtsitz. Geb. Rep. sof. Zahnarzt Dr. Weil, Potsd. St. 55, Hochb.-St. Sprz. 9-7

Perser-, Plüsch-, Gobelindecken, Tischdecken, wunderbare Wandbehänge, spottbillig. Pappelallee 12.